tanz

antifaschistische zeitung tübingen/reutlingen

Nummer 5
April/Mai 1994
2,50 Mark

Mit TANZ in den Mai

Bom dia LeserInnen!

Die Reps, so verkündet Republikaner-MdL K.A. Schaal, treten in Tübingen nicht zur Gemeinderatswahl 1994 an. Sein "Truppe" sei nicht "wasserfest" genug, um sich den zahlreichen Anfeindungen gegen die Reps erwehren zu können. Seine Leute "würden doch mit allen Mitteln bekämpft werden" (ST 30.3.94). Uns kommen die Tränen: Schaal malt wiedermal an seinem Selbstbildnis des armen verfolgten anständigen Republikaners. Ohne Zweifel ist dieser Rückzug der Faschisten als Erfolg der zahlreichen und vielfältigen regionalen antifaschistischen Aktionen gegen die Reps zu werten. 1994 gilt es, ihnen auch den Einzug in die anderen parlamentarischen Gremien zu verwehren. Nach Schönhubers neuesten antisemitischen Verbalattacken wird es Schaal noch schwerer fallen, die faschistische Gesinnung seiner Partei zu verschleiern.

Ulrich Wildermuth, Chefredakteur der Südwest-Presse, nach einem Besuch in der TANZ-Redaktion.

Die TANZ ist diesmal randvoll mit schönen langen Artikeln. Das Layout leidet etwas darunter. Trotzdem erscheinen uns die Informationen u.a. zur "Jungen Feiheit" und dem Altnazi Gabrysch wichtig genug, um ausführlich behandelt zu werden. Aktuelle regionale Bezüge bestehen dabei in fast allen Artikeln. **Eure TANZ-Redaktion**

TANZ
tübinger antifaschistische zeitung

Nummer 5, April/Mai 1994

V.i.S.d.P.: E. Greiner, Fichtenweg 8,
72076 Tübingen

Kontakt und Post über: Haus- und Infocafé, Schellingstr. 6, 72072 Tübingen.
Das Info-Café hat nichts mit Herstellung und Vertrieb der Zeitung zu tun.

EIGENTUMSVORBEHALT
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht aus-gehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

S.2 Bom dia
S.3 Zeitungsterror
S.4 Nummer 27777
S.4 Dokumentation "Drei König"
S.5 Der antifaschistische Widerstand in Slowenien 1941-45
S.9 Antifaschistisches Seminar der Naturfreundejugend
S.11 Die Antifa-PKK-Connection in Reutlingen
S.12 Die Junge Freiheit
S.16 Kriminalisierung Autonomer AntifaschistInnen

Zeitungs-Terror:

Wie die Ulmer Redaktion des Schwäbischen Tagblatts der Nationalzeitung Konkurrenz machen will

Der Mantelteil des Schwäbischen Tagblatts tritt seit Jahren mit rechtsradikal eingefärbten Interpretationen der gesellschaftlichen Wirklichkeit in Erscheinung. Als unrühmlicher Vorsprecher dieser Tendenz tritt immer wieder Chefredakteur Ulrich Wildermuth hervor. In seinen Kommentaren zerfließen meist antikommunistische, antisemitische und nationalkonservative Haltungen ineinander. So verquicken sich in einem Kommentar vom Januar auf unselige Weise latenter Juden- und Kommunistenhaß: So fragte Wildermuth: "Wie kommt's, daß die PDS, daß Gregor Gysi, auf der öffentlichen Bühne agieren dürfen, ohne daß sie umgehend von einem Pfeifkonzert weggefegt werden?" (ST 22.1.94). Und entsetzt vermerkt er, daß sich der Sozialist Gysi und der Kapitalist Edzard Reuter in aller Öffentlichkeit zum Meinungsaustausch träfen. Natürlich ist ihm bekannt, daß beide Juden sind,und es ist sicherlich keine reine Spekulation anzunehmen, daß er in solchen Kommentaren implizit mit der antisemitischen Verschwörungstheorie spielt. Ganz Antikommunist führt er seine kruden Überlegungen in der Fragerrichtung fort: Warum dürfen Linke öffentlich auftreten: "Es kommt davon, daß die deutsche Linke, die bis in die Sozialdemokratie reicht", was unwahrscheinlich genug klingt "ihre Vergangenheit bis zum heutigen Tag nicht aufarbeiten mußte, daß sie im Gegensatz zu den Rechten nicht gezwungen war, über sich Rechenschaft abzulegen über die Frage, wohin die Spuren ihres Mitläufertums führen." Nun führen zum Beispiel die Spuren Gysis Familie in die Gaskammern von Auschwitz, in jene Mordfabrik also, über die die deutschen Nazis wie Kiesinger, Erhard, Filbinger, Strauß und Konsorten so ausführlich ihre Vergangenheit bewältigt haben.

Revisionismusmitläufer Wildermuth als höchster Aufseher im Aufarbeit(ung)slager der Linken? Denn was die Linken gemacht hätten, wenn sie nicht vergast worden wären, "läßt sich am Terrorregime Stalins erkennen". Schwupps ist die Linke ein Konglomerat von Stalinisten und Marx war der erste Frühstalinist? Rechts gleich links, Hitler gleich Stalin, fertig ist die Revisionsimussuppe.

POST · STEINI

Erneut stundenlange Blockaden auf den Autobahnen

Fanatischer Kurden-Terror:
Sie zünden sich selbst an

Seinen neuesten rassistischen Auftritt gab das Tagblatt am 23. März in seinem Aufmacher: "Fanatischer Kurden-Terror: Sie zünden sich selbst an." Die Selbstverbrennung, die aus Verzweiflung geborene Selbstverstümmelung kurdischer Menschen auf einer deutschen Autobahn wird hier im Stile eines Gemischs von BILD und der Nationalzeitung zum Terror umdefiniert: Terror gegen die sauberen deutschen Straßen und Polizisten. Hier wird der latente AusländerInnenhaß der Chefredaktion manifest: Kurden sind fanatisch wie die Moslems und Serben und wie die Feindbilder alle heißen. Die Zeitung malt ein Bild eines durch fremde gesichtslose Gewalt bedrohten Deutschlands. Eine solche Berichterstattung ist natürlich dazu angetan, die Vorurteile und eingeübten Fremdenängste weiter zu schüren. Selbstverständlich berichtet das Tagblatt am 23. März nicht über die zahlreichen großen Demonstrationen am Newroz-Tag in anderen Städten (z.B. Stuttgart) und über die Anliegen des kurdischen Volkes.

Nummer 27777
Antirassistisches Telefon

Seit Anfang April gibt es jetzt auch in Tübingen ein Antirassistisches Telefon.

Es soll eine Anlaufstelle sein für Flüchtlinge und ImmigrantInnen in Tübingen und Umgebung, die rassistisch bedroht oder belästigt werden (z.B. am Arbeitsplatz oder durch Polizei und Behörden), die alltäglichen rassistischen Übergriffen und Ausgrenzungen ausgesetzt sind und Rat und Unterstützung suchen. Es sind aber auch alle aufgefordert anzurufen, die solche Vorfälle beobachten, davon wissen oder erfahren.

Wir geben dann Auskunft z.B. über Beratungsstellen und Kontaktpersonen, versuchen weiterzuvermitteln z.B. an ÄrztInnen, RchtsanwältInnen, ÜbersetzerInnen oder auch direkte persönliche Hilfe zu leisten. Zusammen mit den Betroffenen werden wir die Lebenssituationen, denen die Flüchtlinge und ImmigrantInnen unterworfen sind, öffentlich machen, alle Vorkommnisse dokumentieren und in die politische Diskussion einbringen, um dem herrschenden Rassismus in Deutschland politisch entgegenzuwirken.

Wir sind natürlich auf breite Unterstützung von Personen und Initiativen angewiesen, die uns durch ihre Erfahrungen und Möglichkeiten weiterhelfen können. Ruft am besten während der Bürozeiten bei uns an.

Wir sind jeden Montag, Donnerstag und Samstag von 17 bis 19 Uhr zu erreichen unter der Nummer 07071/27777 (sonst Anrufbeantworter). Wer Interesse an einer Mitarbeit hat, ist herzlich eingeladen zu unserem MitarbeiterInnen-Plenum jeden Montag um 18 Uhr im Asylzentrum in der Bursagasse. Und natürlich können auch wir ohne Geld nicht arbeiten. Deshalb sind Spenden in jeglicher Höhe gern gesehen.

Dokumentation
Auszüge aus dem Bekennerschreiben zum Anschlag auf den Fuhrpark der Lebensmittelfirma "Drei König".

Letzte Woche haben wir dem Fuhrpark der Lebensmittelfirma Drei König in Schwäbisch-Gmünd Bettringen einen Besuch abgestattet. Sie soll merken, daß ihr ihr Drecksgeschäft teuer zu stehen kommt. Wir haben diese Firma angegriffen, weil sie ihre Profite macht mit der Belieferung von Flüchtlingslagern. Sie beteiligt sich am System der vom Staat verordneten Entrechtung und Entwürdigung von Flüchtlingen. Sie liefert das Schlechteste, was der Markt zu bieten hat, und sahnt dabei ab.

Drei König beliefert seit über einem Jahr mehrmals das Bezirkssammellager in Reutlingen und andere Flüchtlingslager in Ba-Wü. Gerade jetzt werden Firmen dieser Art profitable Morgenluft wittern, wenn in der gesamten BRD das neue "Asylbewerberleistungsgesetz" (ALG) eingeführt wird. So wurde die Firma seit Anfang 1994 zum Freßpaketlieferanten für die gesamten Landkreise Reutlingen und Tübingen.

Diesen Profiteuren des Rassismus und den politischen Machern der rassistischen Konzepte müssen wir einen Strich durch die Rechnung machen!!!

(...)

Die drei Weißen aus dem Abendland.

Der antifaschistische Widerstand in Slowenien 1941 bis 1945

Dokumentation des Bekennerschreibens zum Brandanschlag auf das Auto von Alois Gabrysch

(...) Wir wollen der interessierten Öffentlichkeit erklären, warum wir es nötig fanden, auf diese Weise gegen Gabrysch vorzugehen. Klar ist, daß dieser Anschlag keine Strafaktion gegen einen Nazihenker sein kann. Gabrysch als SS-Mann Nr. 327 287, als Schlächter von Maribor, hat so viele Menschen auf dem Gewissen - ihn dafür zur Rechenschaft ziehen zu wollen, hätte anderer Aktionsformen bedurft, die wir uns in diesem Zusammenhang nicht vorstellen konnten. (...)

Alois Gabrysch ist für uns eine Symbolfigur dafür, wie in diesem Staat Funktions- und "Würden"träger der Nazidiktatur politisch, gesellschaftlich und administrativ wiedereingegliedert wurden und wie sie auch heute noch in diversen gesellschaftlichen Kreisen hoch angesehen sind, während sich die Gegner und Gegnerinnen des Faschismus hier heute um ihre kleine Rente streiten müssen.

Bei den bisherigen öffentlichen Auseinandersetzungen um den "Fall Gabrysch" wurde nach unserer Meinung etwas Wichtiges völlig übersehen - nämlich die Frage, gegen wen sich die mörderische Betätigung Gabryschs im faschistisch besetzten Slowenien richtete. Ziel der Tätigkeit Gabryschs war die Ausschaltung und Vernichtung des antifaschistischen Widerstands gegen das Besatzungsregime. Zu diesem Widerstand wollen wir einige Informationen veröffentlichen:

Im April 1941 besetzten die Armeen Deutschlands, Italiens, Bulgariens und Ungarns das Gebiet des ehemaligen Jugoslawien. Das Territorium wurde in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Schon wenige Tage nach der Besetzung bildete die kom-

munistische Partei Jugoslawiens "militärische Komitees", aus denen später die "Nationale Befreiungsarmee" entstand.

Die deutschen Besatzer begannen im deutsch-österreichischen Kärnten mit ihrer sogenannten Germanisierung, d.h. Vertreibung der dort lebenden mehreren tausend Slowenen nach Slowenien. Am 4. Juli 1941 rief die KP Jugoslawiens zum bewaffneten Widerstand gegen die Invasoren auf. Kurz darauf brach im ganzen Land der Volksaufstand gegen die Faschisten aus. Innerhalb kurzer Zeit wurden mehr als 40 Städte und mehrere hundert Dörfer in Serbien, Kroatien, Bosnien, der Herzegowina und Slowenien zu befreiten Gebieten erklärt.

Dieser Volksaufstand zwang die Deutschen, wesentlich mehr Besatzungstruppen zurückzulassen und militärische Verbände der mit ihnen sympathisierenden jugoslawischen Faschisten zu organisieren, als geplant. Die "Ustascha" in Kroatien, die "Cetniki" in Serbien und die "Antikommunistische Miliz" in Slowenien. (Hier fällt auf, daß es gerade paramilitärische Verbände in Tradition dieser faschistischen Organisationen sind, die den Krieg im ehemaligen Jugoslawien ausgelöst haben und ständig verschärfen).

In den befreiten Gebieten wurde die "Nationale Befreiungsarmee" aufgebaut und stabilisiert. Sie bestand vor allem aus Partisaneneinheiten, die wegen der krassen Überlegenheit der Faschisten an schweren Waffen vor allem den Guerillakrieg als Kampfmittel nutzten. Frauen wurden in der "Antifaschistischen Frauenfront" organisiert. Viele schlossen sich jedoch direkt den bewaffneten Partisaneneinheiten an. Zuletzt lag der Anteil von Frauen in diesen Einheiten bei über 100 000 Aktivistinnen.

Neben den Partisaneneinheiten wurden schon Ende 1941 "reguläre" Kampfbrigaden aufgebaut. Diese wurden von den faschistischen Besatzern jedoch nie als reguläre Truppen völkerrechtlich anerkannt. Das "Oberkommando der Wehrmacht" hatte aus propagandistischen Überlegungen die Sprachregelung "Banden" angeordnet und andere Bezeichnungen und Einstufungen ausdrücklich verboten. Eine Folge davon war bis zuletzt die Verweigerung von Gefangenenaustausch und die Ablehnung der Schutzgarantie nach der Genfer Konvention. Hitler gab den Befehl aus, "durch brutales Eingreifen und schärfste Repressalien" den Widerstand zu brechen.

Der Befreiungskampf der jugoslawischen PartisanInnen griff jedoch bald auch auf die slowenischen Gebiete Kärntens über. Kärntner SlowenInnen, die vor politischer Verfolgung im "angeschlossenen" Österreich nach Jugoslawien geflüchtet waren, kehrten nach der faschistischen Besetzung Jugoslawiens nach Kärnten zurück und gründeten dort eigene Partisaneneinheiten, die mit dem slowenischen Widerstand eng zusammenarbeiteten.

Deren Aktionen und Propaganda gegen die Politik der Faschisten stieß auf offene Ohren. An die 90 Prozent der slowenischen Bevölkerung Kärntens sympathisierten mit den PartisanInnen, unterstützten sie und versteckten sie in ihren Häusern.

Parallel zu den kämpfenden Partisaneneinheiten wurden in den befreiten Gebieten "Komitees der Befreiungsfront" aufgebaut. Diese Organisationen arbeiteten auf politischer Ebene. Sie führten zum Beispiel Alphabetisierungskampagnen durch, organisierten die Verteilung von Lebensmitteln und die Gesundheitsversorgung und bauten die zerstörte Infrastruktur wieder auf.

Um den großen Rückhalt der PartisanInnen in der jugoslawischen Bevölkerung einzudämmen, gingen die faschistischen Besatzer zunehmend dazu über, nach jeder Partisanenaktion gegen die Deutschen, Geiseln aus der Bevölkerung zu erschießen. Am 16.9.41 gab das Oberkommando der Wehrmacht den Befehl, für jeden getöteten Deutschen fünfzig bis hundert Geiseln zu erschießen. Daneben wurden ganze Dörfer in der Nähe von Partisanenaktivitäten niedergebrannt und deren BewohnerInnen ermordet. Allein in der serbischen Stadt Kragnjevac wurden aufgrund dieses Befehls im Oktober 1941 über 3000 Menschen bestialisch ermordet.

Innerhalb dieses Unterdrückungs- und Tötungsapparats der Faschisten spielte Gabrysch innerhalb der slowenischen Besatzungszone eine zentrale Rolle, für die der Begriff "Schlächter von Maribor" fast an Untertreibung grenzt. (...) Alois Gabrysch war kein kleines Rädchen im Vernichtungsapparat des Nationalsozialismus, geschweige denn nur ein Mitläufer, wie es ihm durch einen "Persilschein" als Resultat der sogenannten "Entnazifizierung" bescheinigt wurde. Er war von seinem Tun überzeugt, hatte sich bis zum SS-Hauptsturmführer des Sicherheitsdiesntes hochgedient und als stellvertretender Kommandeur der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes in Mari-

bor/Slowenien die Bekämpfung des slowenischen Befreiungskampfes maßgeblich zu verantworten. Bei den Versuchen, den antifaschistischen Befreiungskampf in Slowenien zu brechen, spielte Gabrysch eine maßgebliche Rolle. Und dies war kein Zufall, denn hierfür wurde ein 150%iger Nazi gebraucht!

Gabrysch trat bereits am 1.5.33 in die SA ein, am 1.5.37 in die NSDAP und am 15.12.37 in die allgemeine SS.

Nach einem abgebrochenen Studium der Rechts- und Staatswissenschaften war er bis 1938 Kriminalkommissar-Anwärter bei der Reichskriminalpolizei in "Breslau" (Wroclaw). Als Absolvent eines Lehrgangs an der Führerschule der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes in Berlin (1.10.38 - 30.6.39) avancierte er zum Führer im Sicherheitsdienst. Bis Juli 42 war er bei der Kripo-Leitstelle in "Breslau", zuletzt als Kriminalkommissar. Von da an bis Januar 1944 lehrte er selbst alle "nationalsozialistischen Rechtsfächer" an der SS-Führerschule der SiPo und des SD in Berlin Charlottenburg. An der SS-Führerschule wurden die Leute ausgebildet, die entscheidende Führungspositionen im SS-Staat einnehmen und den NS-Terror durchsetzen sollten. Der Sicherheitsdienst galt laut Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß als das Gehirn von Partei ud Staat.

Als SD-Führer hatte Gabrysch also keine "normale" Polizistenkarriere hinter sich.

Im September 1939 wurden SD, Gestapo und Reichskriminalpolizei in der neuen Befehlszentrale, dem Reichssicherheitshauptamt, zusammengefaßt. Selbst die Ordnungspolizei wurde mehr und mehr der SS angeglichen, bis die höheren Polizei- und SS-Führer in Personalunion alle Befehlsbereiche Deutschlands beherrschten.

In einer Stellungnahme beteuerte Gabrysch, daß er durch den Angleichungserlaß "unfreiwillig" den Rang eines SS-Hauptsturmführers bekommen hätte. (...)

Seit 1.2.1944 war Gabrysch vom Reichssicherheitshauptamt Berlin nach Maribor in die "Dienststelle des Kommandeurs der SiPo und des SD" abgeordnet. In dem vom Deutschen Reich besetzten Slowenien, das als "Untersteiermark" annektiert worden war, wurde Gabrysch für die Bildung eines Sondergerichts für die "Untersteiermark" in Maribor zuständig.

Noch weitaus größere Bedeutung als in Deutschland hatten die Sondergerichte in den besetzten Gebieten. Hier dienten sie nicht nur der Bekämpfung des "Inneren Feindes" und des "Pflichtvergessenen Volksgenossen", sondern darüberhinaus der Ausschaltung des nationalen Widerstands und der Stabilisierung der deutschen Herrschaft. Die Abteilung IV dieser Dienststelle in Maribor hatte u.a. die Referate "Bandenerkennung" (nachrichtendienstliche Erfassung der Partisanenverbände) und "Bandenbekämpfung". Gemeint war die Zerschlagung des slowenischen Befreiungskampfes, vor allem der "Osvobodilna Fronte", der slowenischen Befreiungsbewegung. (...) Oft wurde die gesamte Familie von vermeintlichen oder tatsächlichen PartisanInnen erhängt, erschossen oder mit dem Fallbeil hingerichtet. Frauen wurden meist in KZs verschleppt, was einem Todesurteil gleichkam. Kinder wurden ins Reichsgebiet deportiert, um sie nach Feststellung ihres "rassischen Wertes" entweder in deutschen Familien umzuerziehen oder in KZs zu Tode zu schinden. Tausende SlowenInnen wurden zu Zwangsarbeitseinsätzen angesiedelt oder umgebracht. (...)

Ein nicht unerheblicher Teil davon (der Opfer - Red. d. TANZ) geht auf Alois Gabrysch!

Gabrysch fungierte als Ankläger am für die "Untersteiermark" zuständigen Sondergericht in Maribor. Er beantragte und überprüfte die Todes-

strafen und leitete auch die Exekutionen. Aufgrund der Aussage eines Untergebenen von Gabrysch ist zumindest ein Fall bekannt geworden, bei dem Gabrysch selbst einen Verurteilten liquidiert hat.

Gabrysch war außer am Sondergericht an mehreren verschiedenen Gerichten Ankläger, so auch am SS- und Polizeigericht in Bled/Veldes. An diesem Gericht wurden Disziplinarverfahren gegen Mitglieder der SS und der Polizeiverbände geführt. Gabrysch fungierte als eine Art Oberaufseher und Sonderbeauftragter für alle Angelegenheiten der Sicherheitsdienststelle für die "Untersteiermark" in Maribor und übte Kontrolle über die einzelnen Abteilungen aus.

Gegen Kriegsende rückte Gabrysch zum Stellvertreter des Kommandeurs auf. Sein Einfluß wurde immer größer, so daß er schließlich dem offiziellen Leiter der Gestapo, dem SS-Haupssturmführer Alfred Laudorf übergeordnet wurde, da Laudorf als nicht energisch genug galt. Am 7.2.45 wurden ein Sonderkommando, bestehend aus verschiedenen Referaten der Sicherheitsdienststelle, gebildet und Gabrysch als Einsatzleiter ernannt. Dieses Sonderkommando wurde eingerichtet, da die gut organisierten Partisanenverbände verstärkt in Aktion traten und sich die militärische Lage der Besatzer verschlechterte. Zudem lösten sich in der "Untersteiermark" diverse Einheiten auf (zum Beispiel die Teile der 14. ukrainischen SS-Division) und dessertierten. Diese Desserteure sollten zur Strecke gebracht werden. Eine große Zahl von Kriegsgefangenen, flüchtigen Arbeitshäftlingen, rückkehrenden AussiedlerInnen und viele mehr stellten eine Gefahr für die Ordnung der Besatzer dar. Das Sonderkommando, dem Gabrysch vorstand, hatte die Aufgabne, die Exekutionen durchzuführen und bei einem Vordringen der PartisanInnen die 500 Gefangenen der Strafanstalt Maribor zu erschießen. Nötigenfalls sollte das Gefängnis mit den Insassen gesprengt werden. Außerdem sollten die BewohnerInnen, aus deren Häusern weiße Fahnen wehten, erschossen werden.

Noch bis kurz vor der Kapitulation verhängte Gabrysch Todesurteile und ordnete die Erschießung von Geiseln an.

Um einer Verurteilung als Kriegsverbrecher zu entgehen, beschaffte Gabrysch für sich und andere Funktionsträger der SiPo Wehrmachtspapiere und Ausweise als Deckpapiere.

(...) Gabrysch hat seine Nazikarriere in der BRD fast bruchlos fortgesetzt. Obwohl er unter A 16/1066 auf der Kriegsverbrecherliste der Alliierten stand, gelang ihm über das LKA Baden-Württemberg, dem Kriminalamt Heidelberg bis hin zum Kripochef von Tübingen doch eine ansehnliche Polizeikarriere. (...)

In den von Gabrysch angestrengten Rechtfertigungsversuchen (angesichts zweier Verfahren der Staatsanwaltschaften Nürnberg und Stuttgart, die "mangels Beweisen" eingestellt wurden - Red. d. TANZ), zeigte sich immer deutlicher, mit welcher Verlogenheit er sich zu rehabilitieren versuchte und sich doch immer mehr in seine Widersprüche verwickelte: Er schwor am 9.12.65 vor Gericht, nie Mitglied der SS gewesen zu sein, er beteuerte in einer öffentlichen Gegendarstellung im Schwäbischen Tagblatt vom 7.9.93, zu keinem Zeitpunkt Ankläger bei dem Sondergericht in Maribor gewesen zu sein. Alles Lüge! Gabryschs SS-Mitgliedsnummer lautete 327 287, seine NSDAP-Mitgliedsnummer war 4 658 187, am 1.5.33. war er bereits der SA beigetreten - eine Nazikarriere, wie sie im Buche steht!

Diese Nazi-Karriere hat Gabrysch nie geschadet. (...) Er arbeitete ehrenamtlich in der Konrad-Adenauer-Stiftung, in der "Landeszentrale für politische Bildung", in der Aktion Jugendschutz, war Mitglied im "Weißen Ring" des sauberen Herrn Zimmermann und war Beisitzender bei Verhandlungen von Kriegsdienstverweigerern. Auch in Tübingen lebt Gabrysch als ehrenwertes Mitglied der Bürgerschaft: Er ist als Vorsitzender in einem Tübinger Altenclub tätig, er sollte wiederholt im Rahmen einer Veranstaltung des Tübinger Landratsamts "Schüler fragen Ältere" den Jugendlichen seine Eindrücke vom Nationalsozialismus verdeutlichen, u.a. zu dem Thema: "Hatten Sie Angst vor dem Blockwart?" 1986 hängte ihm Eugen Schmid (der Tübinger OB - Red. d. TANZ) in aller Öffentlichkeit im Tübinger Rathaus das Bundesverdienstkreuz um den Hals, ja erst vor wenigen Wochen durfte er stellvertretend für Tübingen der Besatzung eines Kriegsschiffes Weihnachtsgrüße und Lebkuchen verteilen.

Nach all diesen Fakten wird klar, Gabrysch ist trotz seiner verbrecherischen Vergangenheit gesellschaftlich nicht geächtet worden. Und das war kein Zufall. (...) Die verantwortlichen Instanzen in Justiz, Gesellschaft und Politik haben kein authentisches Interesse, den Schlächter von Maribor zur Verantwortung zu ziehen.

(...)

Wir haben beeindruckt zur Kenntnis genommen, mit wieviel Arbeit und Zeit einzelne politisch bewußte Menschen versuchten, Gabryschs Vergangeheit aufzudecken. Das ist gelungen! Gabrysch kann die Vorwürfe ernsthaft nicht mehr widerlegen. Doch zu weiteren juristischen und politische Konsequenzen gegenüber Gabrysch wird diese Arbeit nicht führen!

Für uns kann das deshalb nicht das Ende unserer Aktivitäten gegen Gabrysch sein. Wir wollen diesem Massenmörder materiell vor Augen führen, was wir von ihm halten. Er soll nicht denken, daß es mit einer verlogenen Gegendarstellung in der Zeitung getan ist und er sich wieder geruhsam seinem ehrenwerten Tübinger Pensionärsleben widmen kann.

Nachdem er reuelos zu seiner Vergangeheit steht, soll er wissen, daß auch wir kompromißlos zu unserer Haltung stehen: Wir wollen den Schlächter von Maribor nicht in unserer Stadt, wir wollen ihn nicht in der Altenarbeit, nicht in den Schulen. wir möchten ihn nirgendwo sehen.

(...)

Kein Vergeben, kein Vergessen!
In Erinnerung an die PartisanInnen im antifaschistischen Befreiungskampf und im Gedenken an alle Opfer der Faschisten!
Bekämpft alte und neue Nazis!
Schaut nicht weg! Greift ein!
Tübingen, Frühjahr 1994.

Antifaschistisches Seminar der Naturfreundejugend

Vom Osterseminar (26.2.-3.4.94) der Naturfreundejugend Württemberg (Siehe dazu den Aufruf der letzten Ausgabe) erreichte uns folgender Bericht. Das Seminar, an dem 36 Menschen von 13 bis 30 (oder so) teilgenommen haben, stand unter dem Thema: "Jugendwiderstand im Faschismus", behandelte aber auch Möglichkeiten und Formen des heutigen Widerstands:

Da wir uns vorher zum Teil nicht kannten, wollten wir uns erstmal über Spiele kennenlernen, um dann ins Thema einzusteigen. In drei verschiedenen Gruppen machten wir uns Gedanken über die Kennzeichen von Faschismus, Nationalismus und Rassismus und stellten fest, daß die drei nahe beieinander liegen und leicht ineinander übergehen können.

*Unsere Beschäftigung mit Ausbrüchen von Politikern **aller** etablierten Parteien und die Auflistung gesellschaftlicher Feindbilder zeigten uns wieder einmal die faschistischen Tendenzen in der Gegenwart auf.*

Die Filme "die Welle" und vor allem "Abraham" schockierten uns, weil sie deutlich machen, daß Menschen in der Lage sind, andere zu quälen, wenn sie die Verantwortung für ihr Handeln an andere abgeben können. "Abraham" handelt von einem angeblichen Lernversuch, wo die Versuchspersonen Schülern Stromstöße beibringen mußten, wenn diese eine falsche Antwort auf Fragen gaben. Über 80% der Leute gingen bis zur höchsten Voltzahl, obwohl sie die (imaginären) Schreie der Opfer hörten und ihnen die Gefährlichkeit für ihr Leben bewußt war. Nur wenige machten sich Gedanken, die "Wissenschaftlichkeit" des Experiments war ihnen Entschuldigung genug. Andere Filme zeigten uns, wie weit die Neonaziszene schon organisiert ist, wer ihre Führer sind und von woher sie Geld bekommen. Wir sahen aber auch, wie ein Mensch seine Meinung ändert und aus der Szene aussteigt.

Weil wir aber nicht auf das Wunder warten wollen, daß alle Nazis erkennen, wieviel ideologische Scheiße sie im Hirn haben, informierten wir uns auch über die Möglichkeiten von Widerstand.

Zuerst hatten wir drei ReferentInen zu Besuch, die uns von ihrer Kindheit im Nationalsozialismus erzählten. Sie sprachen von der Faszination der Hitlerjugend, vom Spaß den die Zeltlager und Zusammenkünfte boten und davon, daß abweichende Meinungen kaum zu ihnen durchdrangen. Erst der Krieg brachte Zweifel am System. Ganz anders die Erlebnisse der Tochter eines Kommunisten, die früh mit Hausdurchsuchungen, Verhaftung und der ständigen Bedrohung des KZs konfrontiert wurde. Das Entsetzen über die Verbrechen führte bei allen in der Nachkriegszeit bis heute zu großem antifa-

schistischen Engagement.

Wir trafen uns auch mit ehemaligen aktiven WiderstandskämpferInnen, die die Zuchthäuser und KZs der Nazis von innen kennengelernt haben. Sie führten uns durch Stuttgart, zeigten uns die Stätten des Naziterrors und antifaschistische Denkmale.

Sie erzählten von ihrem Widerstand, von Flugblättern und Zeitungen, von antifaschistischen Parolen an Nazidenkmälern, von Verhaftungen und Folter, aber auch von Freundschaft, Solidarität und Widerstand im KZ, davon, wie sie es schafften zu überleben. Über unser Interesse an ihrem Widerstand freuten sie sich, darüber daß es auch heute jungen Widerstand gibt.

Verschiedene Möglichkeiten heutigen Widerstands waren das Thema am vorletzten Tag, an dem Lars Besa, der Sänger von "Normahl" und engagierter Antifaschist bzw. organisierte jugendliche Antifas von ihrer politischen Arbeit erzählten. Es wurde klar, daß es sehr unterschiedliche Formen von Widerstand und verschiedenen Ansprüchen gibt, vom öffentlichen und möglichst breiten "Nein" zu Faschismus und Ausländerfeindlichkeit bis zu Angriffen auf das Kapital angesichts des Zusammenhangs von Kapitalismus und Faschismus.

Angriffsziele dürfen nicht nur die "Glatzen" sein, sondern alle faschistischen Tendenzen in der Gesellschaft.

Wir finden, daß jede Form des Widerstands ihre Berechtigung hat und daß wir alle Formen, je nach persönlicher Entscheidung, praktizieren können. Anstatt uns gegenseitig in den Rücken zu fallen, sollten wir lieber solidarisch sein, auch mit radikaleren Antifas (danke, echt nett - Red. d. TANZ). Auf unserem Seminar fanden sich sehr unterschiedliche Leute zusammen, die trotzdem produktiv inhaltlich arbeiten und auch durch Aktionen - wie einer Plakatwand in Herrenberg mit der Aufschrift: "Rassisten sind Arschlöcher - überall" oder der symbolischen Errichtung einer Gedenktafel vor dem Oberlandesgericht in Stuttgart für die Opfer der Nazijustiz - an die Öffentlichkeit traten.

Wir haben auf dem Seminar neuen Mut gewonnen, Widerstand zu leisten: einmal aus der Begegnung mit Leuten, die dasselbe Ziel haben: die Zerschlagung des Faschismus; und wir trafen Menschen, die unter viel schwereren Bedingungen den Faschismus bekämpft haben, ohne die Hoffnung zu verlieren mit der Parole:

"Kämpfende Jugend, heraus zur antifaschistischen Aktion!"

Die Antifa-PKK-Connection in Reutlingen

Angesichts der Massaker der türkischen Armee an der kurdischen Bevölkerung kam es in vielen Städten Deutschlands zu Demonstrationen kurdischer Männer und Frauen. Die Polizei ging mit äußerster Brutalität gegen die DemonstrantInnen vor. Sie konnte sich auf Innenminister Kanther berufen, der mit dem Verbot der kurdischen Arbeiterpartei PKK alle KurdInnen, die auf der Straße für das Selbstbestimmungsrecht ihres Volkes kämpfen, als Terroristen brandmarken möchte. Die Hetze gegen KurdInnen ist allgegenwärtig. Kaum ein Wort mehr ist zu hören von den Greueltaten türkischer Militärs an der kurdischen Zivilbevölkerung. Im Mittelpunkt der Medienberichterstattung steht der sogenannte Terror der PKK. Diese Hetze gipfelt in der Schlagzeile der Südwestpresse vom 23.3.1994: "Fanatischer Kurden-Terror: Sie zünden sich selbst an". Für die rechtskonservativen Medien ist schon ein Selbstmordversuch von Kurden Terror. Kein Mitleid, sondern Verachtung und Häme.

Das letzte Mittel des Protests: Ein Kurde zündet sich auf der A5 bei Frankfurt selbst an. Für die Südwestpresse ein terroristischer Akt.

Vier Tage vorher gab es im Reutlinger Café Nepomuk eine Veranstaltung zu Kurdistan mit Stefan Waldberg, einem Journalisten von Radio Dreyeckland, der selbst monatelang in türkischen Gefängissen inhaftiert war. Zwei Tage später (21.3.1994) kaperten Reutlinger Bullen ein Transparent, das von der Fassade des Foyers auf den Kampf des kurdischen Volkes aufmerksam machte. Darauf sei ein PKK-Stern angebracht gewesen. Die Bullen wiesen darauf hin, daß seit dem Verbot der PKK dieser Stern als verbotenes Emblem im Sinne des Vereinsgesetzes zu werten sei.

Zur selben Sache verweist der Staatsschutz auf Sprühungen in der Reutlinger Innenstadt. Auf recht unerfindliche Weise konstruiert er eine Antifa-PKK-Connection. Wie in einem Verschwörungsroman liest sich denn auch ein Artikel im Reutlinger Generalanzeiger (26.3.1994). Unter der Überschrift "PKK in Reutlingen erneut in Aktion" steht: "Die verbotene Kurdenorganisation PKK hat in der Nacht zum Freitag auch in der Reutlinger Innenstadt erneut auf sich aufmerksam gemacht. Nach Polizeiangaben sprühten unbekannte Täter an vier Unterführungen und Fußgängerstegen in roter und schwarzer Farbe antifaschistische Parolen. (...) Bereits in der Nacht zum Mittwoch hatten Unbekannte in der Reutlinger Fußgängerzone und in den Parallelstraßen Solidaritätsplakate mit dem Aufruf zur "Solidarität mit dem Befreiungskampf des kurdischen Volkes" angebracht. Als Unterstützer hatten verschiedene Organisationen und Gruppierungen auch aus dem antifaschistischen Bereich die Plakate unterzeichnet."

Junge Freiheit

eine Zeitung von Nationalkonservatismus bis Neofaschismus

Die Zeitung Junge Freiheit (JF) bezeichnet sich selber als ein Sprachorgan der Neuen Rechten. In diesem Sinne sind an ihr Ideologie und Taktik hervorragend zu analysieren. Insbesondere die Verflechtungen über die politische Mitte bis ins "linke" Spektrum hinein. Dies ist auch die besondere Problematik (oder bevorzugte Herangehensweise) der JF: Sie gibt sich betont intellektuell und harmlos und versucht so liberale und linke Menschen als GesprächspartnerInnen zu gewinnen. Wir werden in einem gesonderten Abschnitt darauf eingehen.

Zuerst soll die Geschichte und Finanzierung der JF dargelegt werden. Wichtig ist auch, welches Publikum sie überhaupt ansprechen möchte. Im folgenden wird dann die Machart (Sprache, Outfit etc.) analysiert. Desweiteren soll die Themenauswahl der JF aufgezeigt werden. Anhand von AutorInnen und InterviewpartnerInnen lassen sich personelle Verflechtungen erkennen. Dieser Punkt wird zusammen mit der Frage des Umgangs der Linken mit der JF in der nächsten TANZ behandelt werden.

Klaus Hornung: „Die neuen ZEIT-Läufe – späte liberale Einsichten", Seite 11

JUNGE FREIHEIT

Nr. 6/94 Potsdam, 4. Februar 1994 Wochenzeitung für Politik und Kultur 9. Jahrgang 2A 4064 C DM 3,90/OS 30,-

Im Angesicht des Superwahljahres: WDR-Rundfunkrat reglementiert die Berichterstattung

Die Steuerung der Information

Mit Begriffen, Statistiken und (Schau)Bildern soll der Zuzug von Einwanderern und Flüchtlingen nicht dramatisiert werden, weil dies zu Panikstimmung in der Gesellschaft führt. Negativ besetzte Stereotype wie zum Beispiel "Asylant", "Flut", "Strom", "Chaos" sollen vermieden werden; denn diese bestärken die Täter in ihrem Wahn, sich als Vollzieher des eigentlichen Wollens der Bevölkerung zu verstehen.

Auszug aus dem WDR-Rundfunkratsbeschluß vom 17. Dezember 1993: „Das ist Zensur"

Journalisten auf der Bundespressekonferenz in Bonn: WDR-Reporter werden nicht immer das gleiche berichten dürfen, wie ihre Kollegen

JF-INTERVIEW

„Man weiß nicht mehr, was man will, sondern nur, was man ablehnt"

Prof. Dr. Hans-Helmuth Knüter, Autor des Buches „Die Faschismustheorie" nimmt zu sich neuerdings Linke neumachenden Strategien der Linken auf: Kern: „Als wissenschaftlichem Sozialismus kann man keinen Hund mehr hinter dem Ofen vorlocken, aber wenn man sich als Antifaschist, als Antirassist darstellt, dann gewinnt man doch eine moralische Basis." Ferner fordert Knüter die Integration von Randparteien wie der Republikaner, die es gegen die Diffamierung als „rechtsextrem" in Schutz nimmt.

Lesen Sie das Interview auf Seite 3.

Richterbund kritisiert „unverdientes Feilschen"

Postgewerkschaft will Wahlbriefe verbieten

„Ja zu Bonn" soll sich auflösen

THEMEN:

Mit der Gründung des Vereins "Unitas Germanica" (seit 1991 "Verein zur Förderung der Toleranz auf dem Gebiet der Völkerverständigungsgedankens bei allen Deutschen", "Unitas Germanica e.V.") gegründet. Den Vorsitz hat Götz Meidinger. Ab 1989/90 erscheint die JF im Zeitungsformat bei der Koblenzer Firma SPS Verlagsservice, die u.a. auch "criticon" und wehrtechnische Zeitungen vertreibt, an die Kioske gebracht. Der SPS Verlagsservice organisiert auch den Bücherversand der JF. 1990 wird die "JF Verlag GmbH" gegründet, bis heute Herausgeber und Verlag. Als Sitz der Firma wird die Privatadresse der Fam. Stein in Kirchzarten angegeben. Ab Mitte 1991 entstanden JF Lesekreise unter enger Zusammenarbeit mit Caspar von Schrenck Notzing, Verleger von "Criticon" und Großaktionär der Besteckfirma WMF. Von Freiburg zog die JF Anfang diesen Jahres nach Potsdam um, es ist allerdings nicht klar, ob die angegebene Adresse nicht eine fiktive ist. Im Januar erfogte die Umstellung auf eine Wochenzeitung mit der Auflage 80 000 - 100 000. Da schwanken die Schätzungen, weil nicht unbedingt davon auszugehen ist, daß die Angaben, die die JF selber macht, stimmen. Aber selbst, wenn es "nur" 80 000 sind, sind es 80 000 zuviel.

In der Finanzierung wird die JF von verschiede-

Geschichte und Finanzierung

Die JF wurde 1986 als handgefalteter Rundbrief von Mitgliedern der "Freiheitlichen Volkspartei" - einer REP-Abspaltung - gegründet. Dabei waren

nen rechten Gruppierungen unterstützt. Neben Zeitungsprojekten der Neuen Rechten ("Europa Vorn", "Etappe", "wir selbst" ...) sind vor allem Burschenschaften und die dahinterstehenden Alten Herren von Bedeutung, außerdem die "deutsche Hochschulgilde" und verschiedene Vertriebenenverbände. Schrenck Notzing (ebenfalls Mitglied der "Hochschulgilde") trägt hier ebenfalls seinen Teil bei. Zu spekulieren wäre über weitere tragende UnterstürtzerInnen : Da ist z.B. das Interesse von Herbert Fleissner, Geschäftsführer der Verlagsgruppe Ullstein Langen Müller. Außerdem tragen regelmäßige ganzseitige Anzeigen der Europaabgeordneten (als KandidatInnen der REPs) Prof. Emil Schlee und Johanna Christina Grund zur Finanzierung bei.

LeserInnen und Vertrieb

Außer dem Verkauf an Kiosken setzt die JF u.a. noch auf die Verteilung an Unis, wozu ihr 23 ehrenamtliche Mitarbeiter aus Burschenschaften oder Studentenverbindungen zu Verfügung stehen. Dazu kommen zahlreich AbonenntInnen, die die JF 1989 mit 1600 angab, davon allerdings nur 200 vollzahlend. Im Verteiler finden sich alle relevanten Redaktionen der Nazipresse und insgesamt 120 Studentenverbindungen und Burschenschaften. Gelesen wird die JF außerdem an der Deutschen Schule in Windhoek (Namibia), in der südafrikanischen Botschaft, im Bundesverband der pharmazeutischen Industrie und in vielen FPÖ-Büros.

Aus der "Erkenntnis, daß das Zentrum nicht eine Partei sein kann, sondern ein vielfältiges, politisches, kulturelles und publizistisches Kapillarsystem, durch das konservative Vorstellungen in breite Schichten sickern können" (Dieter Stein)

bildeten sich ab 1991 Lesekreise, denen Gesprächs- und Arbeitskreise folgten. Das Konzept war Politik, Geld und Massenmedien an einem Punkt zusammenzubringen. Verbindungen mit "Criticon", CDU und rechtsradikalen Burschenschaften sind aus den Kontaktadressen ersichtlich. In den Lesekreisen werden Diskussionen geführt über "neue Ideen zur Gestaltung Mitteleuropas" und Bildunge einer politischen Elite. Es werden außerdem zahlreiche Seminare veranstaltet mit ReferentInnen von rechts bis zur sogenannten Mitte (z.B. Gunnar Sohn, CDU; H. Schlechte, Gauck-Behörde; Rolf Schlierer, REP-Fraktionsvorsitzender im BaWü Landtag, Michael Jack von der Focus Redaktion). Seit 1992 führten die engen Kontakte der Rechtsaußen der CDU zur Bildung eigener "Konservativer Gespächskreise", z. B. in Berlin, Stuttgart und Tübingen. Bei diesen sind Argumente und Wortwahl dieselben, wie sie sich in der JF finden. Verbindungen gibt es auch zum "Hoffmann von Fallersleben Bildungswerk", das von den REPs gegründet wurde und als Vorsitzende Ursula Schaffer hat. Diese hat in den vergangenen Jahren die Naziaufmärsche in Halbe und zum Studienzentrum Weikersheim angemeldet. Das Studienzentrum Weikersheim mit Kontaktadresse in Stuttgart gilt als Verbindungsglied zwischen Konservativismus und Rechtsextremismus. Auf Kongressen tummeln sich dort VertreterInnen der Rechten bis hin zu den Grünen, sowie Deutsche aus Österreich, StudentInnen aus Kroatien und Mitglieder von Vertriebenenverbänden. Kurz, die Mischung, die sich an AutorInnen und InterviewpartnerInnen auch in der JF findet.

Sprache und Mache

Die JF gibt sich seriös. Sie sieht nicht aus wie ein Bild- Zeitungsverschnitt, sondern wie eine harmlose Zeitung mit intellektuellem Anspruch. Es ist auch nicht ihre Art, sich offen z.B. über Anschläge auf Flüchtlinge zu freuen oder die Nazivergangenheit zu leugnen. Das alles geschieht verdeckt, fast schleichend unbemerkt von den LeserInnen. Allerdings nur fast, denn schon die Wahl der Rubriken läßt aufhorchen: Neben "Im Gespräch", "Hintergrund", "Politik", "Wirtschaft", "Forum", "Kultur (3S)", "Zeitgeschichte" und "Naturwissenschaften" finden sich da auch noch je eine Seite für "Nationalitätenfragen" und "Österreich". Sehr aufschlußreich ist die Rubrik "Kleinanzeigen", wo sich Anzeigen für Burschenschaften - schlagend und nichtschlagend - sowie Stellengesuche ("Volkswirt sucht Berufseinstieg gern im national-konservativen Umfeld"), sämtliche (?) Gesprächs-, Lese- und Arbeitskreise ("die einzige politsche Alternative: Tradition und Leben e.V. - Arbeitsgemeinschaft zu Förderung des monarchistischen Gedankens") finden. Es gibt Kontaktanzeigen, aus denen der Objektstatus der Frau eindeutig hervorgeht, und "Verschiedenes" ("Bündische und Preußen gesucht für Bergsport, Singen und lustige Wahlkampfaktionen"). Auch die "Bücheranzeige", durch die die JF natürlich auch noch einmal ihren intellektuellen Anspruch hervorheben will, ist sehr aufschlußreich: Neben Ernst Nolte und Richard W. Eichler findet sich hier gleich mehrfach der französische Rechtsvordenker Alain de Benoist. Alles Namen, die auch beim Tübinger Grabert-Hohenrain Verlag ausgiebigst vertreten sind. Au-

Die Redaktion der Jungen Freiheit

ßerdem wird geworben für das Buch des Aussteigers (?) Ingo Hasselbach und in 6/94 für "ein linkes Buch zum Schmunzeln" 50 rechtsextreme Zeitschriften - Ziele, Inhalte, Taktiken "In Wahrheit ein Psychogramm der Antifa" von Astrid Lange. Daß dem Thema Kultur vier Seiten zugerechnet sind, ist Teil der Taktik der Neuen Rechten/JF. "Die Kultur soll (...) gleichsam Befehl- und Ausgabestelle für Ideen und Werte sein" (Andreas Molau). Macht soll also erlangt werden durch die angestrebte Besetzung der Schlüsselposition Kultur als rein funktionales Element. Verkuddelt in Artikeln über Kunst, Literatur, Theater etc. soll die Ideologie den LeserInnen nahegebracht werden. "Wir wissen was wir wollen: die Vorherrschaft über alle dominanten Ideologien gewinnen." "Schicht für Schicht muß an den geistigen Fundamenten der Zeitgeschichte gearbeitet werden, über politische Teilhabe kann am Ende eine neue Vorstellung von Staatlichkeit erwachsen." Die Bestimmung des gesellschaftlichen Diskurses sei auch ein Kampf um die Sprache. Beim Durcharbeiten der JF-Artikel sind eigene, nicht offene Grundthesen herauszulesen: Demokratiefeindlichkeit wird durch Worte wie "mittelbare Demokratie", "Parteienstaat" und andere vermittelt. Amerika wird immer als Hort des Liberalismus (der größte Feind der Neuen Rechten) dargestellt. In jedem Zusammenhang wird der Deutsche (Frauen gibt es nicht) in seine angebliche Opferrolle verwiesen. Die sogenannte Umerziehung nach Ende des 2. Weltkrieges wird ständig beschwört. Militaristische Ausdrücke tragen zusätzlich zum aggressiven Sprachstil bei. Gern verwendet werden auch im linken Spektrum gebräuchliche Begriffe, allerdings mit entgegengesetzem Inhalt. So bedeutet in der JF Antiimperialismus: Kampf der Völker um "Nationale Identität" und gegen "kulturelle Überfremdung". Auffällig ist auch der ständige Hinweis, daß andere sogenannte Liberale und Linke die Argumente der Neuen Rechten verstehen würden, ja eigentlich (Dank JF und anderen "Rechtsintellektuellen", die zuerst Tabuzonen durchbrochen hätten) die selben Meinungen hätten, sich aber noch nicht trauten, diese auszusprechen. Als Resümee läßt sich feststellen, daß die Kommentare (das gilt auch für andere Artikel - d. V.) in der JF fast ausschließlich Themenkomplexe der Neuen Rechten beinhalten und diese am tagespolitischen Geschehen festzumachen versuchen. "Die historischen Rückgriffe und literarischen Anspielungen weisen darauf hin, daß die JF als Zielgruppe eindeutig den intellektuellen Nachwuchs bzw. die künftigen wirtschaftlichen und politischen Führungseliten im Auge hat." (Antifaschistische Informationen, Winter 1993/94, S. 25)

Themen

Rassismus, Abtreibung, Geschichtsrevisionismus sowie Antisemitismus und die Neuordnung Europas sind die bevorzugten Themen der JF, die teilweise offen, teilweise unterschwellig behandelt werden.

Das biologistische Weltbild der Neuen Rechten geht davon aus, daß allen Menschen von Geburt aus verschiedener Wert zukomme. Dieser Rassismus wird in der JF allerdings nicht als solcher propagiert. Rassismus in ihren Augen sei, diese Ungleichheit nicht anzuerkennen. Dies sei "umgekehrter Rassismus", d.h. "die Lust an der Zerstörung des eigenen Volkes, pathologischer Selbsthaß" (Klaus Kunze). Der kulturelle Untergang sei vorbestimmt, wenn unterschiedliche Ethnien (Völker) zusammenleben, was auch schon deshalb nicht möglich sei, da AusländerInnen z.B. die deutsche Kultur nicht annehmen könnten, sonst würden sie ihre Vergangenheit

leugnen müssen und eine Psychose bekommen (Hageböck). Daß verschiedene Kulturen ineinander ergänzend einbringbar sind, ist in ihrer Vorstellung unmöglich.

Offen symphatisiert mit rassistischen Gewalttaten wird in der JF nicht. Aber deutlich wird die Einstellung trotzdem, indem für rassistische Autoren, wie Alain de Benoist geworben wird und mit ihnen Interviews geführt werden. Und wenn zum Beispiel Jan Werner schreibt: "Die voraussichtlichen Einwanderungsländer unterliegen einem permanenten Erpressungsdruck." Die Flüchtlinge aus anderen Ländern säßen schon auf gepackten Koffern; und sowieso werde das "deutsche Volk" innerlich vor allem von türkischen Vereinen und Organisationen zersetzt - ohne daß die Masse etwas merke. Klar kommt die Zielsetzung einer ethnisch reinen Gesellschaft rüber. Mit der Vorstellung, daß durch sie soziale Probleme wie Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit beseitigt werden könnten.

Kaum eine Ausgabe kommt heraus, in der nicht gegen Abtreibung und jede Art von Liberalisierung des 218 polemisiert wird. Damit verbunden sind natürlich die Kampfansage an den Feminismus und die Glorifizierung der Mutterschaft. "Die Macht über die Gebärfähigkeit bleibt eines der Ziele konservativer und faschistischer Politik", schreibt die "Antifaschistische Information". Sätze wie "tatsächlich kann es keine intellektuelle, moralische oder gar juristische Rechtfertigung von Abtreibung geben, wenn der bei diesem Vorgang Getötete ein Mensch ist." (Günther Rohrmoser) bestätigen dies voll und ganz. Interessant ist dabei, daß "die Gebärmüdigkeit der deutschen Frau" angeprangert wird, die Frauen in den Armutsländern aber abtreiben dürfen, so viel sie "wollen"; ja sie sollen es sogar, denn es gibt ihrer eh zu viele. Deutlich wird, daß die Neue Rechte absolut keine Lust auf Selbstbestimmung der Frau hat. Das zeigen unter anderem die Versuche, einzelne Frauen persönlich niederzumachen, wie Rita Süssmuth und Lea Rosh, NDR-Programmdirektorin, Schriftstellerin und Dokumentatorin der faschistischen Vebrechen. Aber natürlich brauchen sie auch "ein weibliches Symbol für das sie kämpfen oder deren Beschmutzung oder Unehre sie rächen." (Marie-Louise Jannsen-Jurreit). Deswegen erscheinen zig Buchannoncen mit Bücher von Frauen, die nationalistisch das Schicksal ihrer Völker beschreiben. Und Werke linker Frauen werden verdreht dargestellt, wie zum Beispiel die Tagebücher von Käthe Kollwitz, damit sie in das Weltbild der Neuen Rechten passen - die Frau allein in ihrer Rolle als Mutter.

Die Frau, wie sie sie gerne hätten, hat "einen gehorsamen Geist und einen gesunden Körper". Auf den Photos sind die Frauen so dargestellt: blond, jung und in Tracht. In Kontaktanzeigen, "NR, 62 Jahre, viel jünger aussehend, suche Ehebekanntschaft mit mädchenhafter Frau bis 43 J., hübsch, schlank, mit schlanken gesunden Beinen" (JF 6/94) zeigt sich klar, daß Frauen nicht als gleichwertige Wesen anerkannt werden.

Auch Antisemitismus ist in der JF ständig, nicht gerade unterschwellig vertreten. So zum Beispiel in einem Artikel über die Ernennung Lea Roshs zur NDR-Programmdirektorin: Unter dem Titel "Der Fall Edith Rosch" (!) schreibt Heinz Theo Homann (Rep) alias Angelika Willing "es scheint, daß die jüdische Herkunft der Karriere ebenso förderlich ist, wie sie früher belastend sein konnte" oder "hat sich bei Zeiten als Jüdin verkleidet". Es werden also die gleichen Argumentationsmuster angewandt wie in der Weimarer Republik von der NSDAP.

Das Thema Geschichtsrevisionismus kommt in der JF natürlich auch nicht zu kurz. In TANZ Nr. 0 und 1 wurde im Zusammenhang mit den Grabert/ Hohenrain Verlag schon ausführlich darauf eingegangen. Wir möchten trotzdem die Hauptpunkte noch einmal kurz umreißen. "Diese Selbstbefreiung und Rückkehr zur Normalität sind wir kommenden Generationen von Deutschen, aber auch unseren Nachbarvölkern schuldig, (...) um auch gegen die herrschenden Kräfte in Politik und Medien Überlebenswillen, Geschichtsbewußtsein und Gemeinschaftssinn wiederzugewinnen, damit das deutsche Volk in härter werdender Zeit sich behaupten kann." (Hanns Joachim Mischke). Die Revisionisten sehen Deutschland in einer Opferrolle, gebeutelt von Umerziehung und Bevormundung durch die Alliierten nach dem 2. Weltkrieg. Sie behaupten, die Vernichtungspraktiken der Nationalsozialisten seien nicht einzigartiger gewesen als andere Verbrechen der Weltgeschichte und verlangen indirekt die Aufhebung des NSDAP-Verbots. Mit pseudowissenschaftlichen und -juristischen Argumenten wird die Auschwitzlügendiskussion unterstützt, die natürlich noch einen seriösen Anstrich erhält, wenn Leute wie z.B. der Bundespräsident zugeben, diese Kontroverse aufmerksam verfolgen zu wollen. Zu dem Ganzen kommt noch die Verherrlichung des Soldatentums. Die JF dient als Plattform für Geschichtsverfälscher wie David Irving, Robert Faurrison, Ernst Nolte u.a.

und strebt mit ihnen zusammen eine neue Diktatur der Eliten an.

Als wichtiger Schwerpunkt der JF ist zu Schluß noch die Neuordnung Europas zu nennen. Die Neue Rechte glaubt in dieser Fragestellung Einfluß gewinnen zu können. In Zukunft hoffen sie auf eine Neuordnung der Welt nach ihren ethnischen Ordnungsvorstellungen. Es wird für (ihr) Europa und gegen EG und Maastrich argumentiert, (mit Argumenten die sich von denen von DVU und Reps nicht unterscheiden). Deutschland in den Grenzen von '37 als Zentrum eines Mitteleuropas - "als angestammter deutscher Kulturraum" - im Mittelpunkt der Welt. Überall wo das Deutsche Reich einmal Ländereien besetzt hatte, soll kurzerhand die Grenze von Mitteleuropa drumherum gezogen werden. (Vgl. AI S. 48) Erreicht werden solle dieses neue Europa indem (laut Venohr und H. U. Kopp) sämtliche Militärpakte der EU aufzulösen seien und Großrußland, Deutschland, Frankreich, die ständigen Mitglieder eines neuzugründenden EU-Sicherheitsrates werden. In dem Zusammenhang ist die Bundeswehr natürlich ein wichtiger Faktor. Kampfeinsätze mit ihr seien allerdings nur möglich, wenn den Deutschen angemessener Einfluß auf den militärischen Oberbefehl und die eingesetzten Truppen als Führungskader gewährt würde. Wehrdienstverweigerung würde abgeschafft. Zum Zeichen des Neuanfangs sei der Sitz der UNO in den nächsten Jahren von New York nach Wien zu verlegen. Außerdem hätten die Industriestaaten in Zukunft koordinierte Abwehrmaßnahmen durchzuführen, um den überlebensnotwendigen Welthandel zu schützen und Zugang zu den strategischen Ressourcen zu gewährleisten.

Dies ist der Weg Deutschlands zur imperialistischen Führungsmacht, die die Neue Rechte erwünscht und auf die sie mit vereinten Kräften hinarbeitet. Die JF unterstützt sie dabei bestens, indem sie mal offen, mal verdeckt ihre Ideologie verbreitet.

(Fortsetzung folgt im nächsten Heft)

Kriminalisierung autonomer AntifaschistInnen

Als nächstes werden wir die zwei größten Verfahren gegen AntifaschistInnen in Deutschland darstellen, nämlich gegen die Autonome Antifa in Göttingen und gegen Mitglieder von Antifa Gençlik in Berlin. Damit wollen wir aufzeigen, warum gerade diese zwei Gruppen so massiv kriminalisiert werden und wie das funktioniert. Vor allem wollen wir zur Solidarität mit den Verfolgten aufrufen.

Das 129 a) Verfahren in Göttingen

Göttingen ist eine Stadt, wo die autonome Linke immer sehr stark war. In Göttingen war es sowohl möglich, die Faschos aus der Stadt zu jagen als auch breite politische Bündnisse aufzubauen. Zu den aktuellen Konflikten wie z.B. Golfkrieg oder Aufrüstung der Polizei haben Autonome immer auch mit illegalen Mitteln reagiert. Es gab eine Menge Anschläge und sonstige Aktionen, bei denen Polizei und Staatsanwaltschaft allerdings immer im Dunkeln tappten und noch keine Fahndungserfolge vorweisen können.

Um bessere Ermittlungsmöglichkeiten zu haben, wurde konstruiert, daß ein großer Teil der Anschläge auf das Konto derselben Gruppen gehe. Gegen diese, natürlich unbekannte Gruppe wird von der Bundesanwaltschaft Karlsruhe wegen 129 a) ermittelt, gleichzeitig wird in der Öffentlichkeit eine angebliche Verbindung zur RAF hergestellt.

Eine Menge Leute wurden observiert, aber bald konzentrierten sich die Ermittlungen auf eine Gruppe von 15 SchülerInnen, die im Oktober 1991 nach einem antifaschistischen Angriff auf das FAP-Schulungszentrum in Mackenrode bei Göttingen zufällig in eine Polizeikontrolle in der Gegend gerieten, und gegen die jetzt auch wegen 129 a) ermittelt wird. Beweggrund dafür ist, die SchülerInnen unter Druck zu setzen, um an die anderen Gesuchten heranzukommen.

Die Ermittlungstätigkeiten des Landeskriminalamtes Niedersachsen zeichnen sich vor allem durch Peinlichkeiten aus:

Zum Beispiel wurden bei einer Hausdurchsuchung im August 1992 falsche Wohnungstüren aufgebrochen.

Zum Beispiel sollen die SchülerInnen Anschläge zu einem Zeitpunkt begangen haben, an dem sie

Repression gegen AntifaschistInnen
Daß oppositionelle und revolutionäre Bewegungen in Deutschland kriminalisiert und verfolgt werden ist ja nicht Neues.

Dazu ein paar Beispiele aus der Geschichte

1878-1890	Die Sozialistengesetze
1918-1922	Niederschlagung der Räte-Revolution und Hinrichtung von Teilen der Aufständischen
1928-1945	Massenfestnahmen und Ermordungen von SozialistInnen, KommunistInnen und AnarchistInnen
1956	Verbot der KPD und gleichzeitige Kriminalisierung der Anti-Wiederbewaffnungsbewegung
seit 1968	Berufsverbote und Notstandsgesetze
seit 1972	Massive Hetze und Anklagen gegen viele AntiimperialistInnen, immer mit dem Vorwurf, die RAF zu unterstützen. Deswegen gab und gibt es viele 129 a) Verfahren
1994	Verbot der PKK und kurdischer Vereine

Die autonome antifaschistische Bewegung wird seit 1989 verstärkt kriminalisiert. Dazu wieder ein paar Beispiele aus jüngster Zeit:

* Knast für zwei Münchner Antifas, die einem Fascho angeblich die Jacke geklaut haben
* Untersuchungshaft und Verfahren gegen zehn Leute aus Kassel, die eine Aktion gegen den "Rudolf Hess Gedenkmarsch" durchgeführt haben
* Prozesse gegen Mitglieder von Antifa Gençlik in Hamburg
* Untersuchungshaft für einen Antifaschisten aus Wiesbaden, weil er einer sozialistischen, antinationalen Gruppe angehört

und so weiter und so fort

gerade mal 12 Jahre alt waren.

Zum Beispiel kam es im Vorfeld einer autonomen Demo im Oktober 1992 zu Streitigkeiten zwischem dem LKA, das die Demo aufmischen will und der Göttinger Polizei, die deeskalieren will. Über diese Streitigkeiten machte sich die halbe Stadt lustig.

Ernst geht es natürlich auch zur Sache. Es gab und gibt eine Menge Observationen, und vor allem gegen Mitglieder der Antifa (M) wird bei allen nur erdenklichen Anlässen ermittelt.

Das RAF-Antifa Konstrukt und die Antifa (M).

Welche Politik macht die Antifa (M)? Die Antifa (M) ist eine Gruppe, die vor allem Öffentlichkeitsarbeit macht und sich bemüht, die breite Masse der Bevölkerung zu erreichen. Von dieser Gruppe gehen breite Bündnisse aus, aber auch praktischen Initiativen, zum Beispiel Verhinderungen von Nazi-Treffen.

Neben politischen Veranstaltungen zu den Themen Internationalismus, politische Gefangene und Geschichte des Antifa-Widerstandes werden auch professionell aufgemachte Broschüren zu diesen Themen herausgegeben. Wichtig ist noch, daß die Antifa (M) an den Diskussions- und Entstehungsprozessen der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (siehe dazu auch Tanz Nr.4) beteiligt ist. Anhand dieser Organisation ziehen die Herrschenden auch die RAF-Antifa Verbindung.

Propagandistisch vorbereitet wurde das ganze über Artikel in reaktionären Zeitungen wie "Die Welt", deren Haupttenor ist, daß durch diese Organisation eine Diskussion beziehungsweise Zusammenarbeit zwischen RAF und Antifa zustandekommen solle. In Publikationen des Verfassungsschutzes wird betont, daß zum Beispiel Diskussionspapiere an politische Gefangene geschickt worden seien und daß eine Veranstaltung mit Ex-Gefangenen der RAF stattgefunden habe und so weiter.

Das Ziel dieses Konstrukts ist offentlichtlich: einerseits soll durch die angebliche Nähe zur RAF das Ermitteln nach 129 a) erleichtert werden, andererseits sollen damit linksliberale antifaschistische Gruppen dazu gebracht werden, sich von autonomen Antifas zu distanzieren. Das geht ja leicht, wenn sie sagen können, daß sie mit "Terroristen" nicht zusammenarbeiten wollen.

Dies gilt es zu verhindern! Wir treten weiterhin

ein für die freie politische Kommunikation der Gefangenen aus RAF und Widerstand untereinander und mit allen, die sich mit ihnen auseinandersetzen wollen!

Im folgenden geht es um die Anklagen wegen politischen Mordes gegen Mitglieder von Antifa Gençlik in Berlin.

Was ist Antifa Gençlik?

In dieser Gruppe, die zu deutsch "antifaschistische Jugend" heißt, haben sich vor allem türkische und kurdische Jugendliche zusammengeschlossen, um dem rassistischen Klima und den rassistischen Diskriminierungen etwas entgegenzusetzen. Diese Gruppe will vor allem "unpolitische" ausländische Kids erreichen und sie organisieren, weil klar ist, daß sich diese in einer ausländischen Gruppe viel wohler fühlen als in einer deutschen.

Antifa Gençlik und SymphatisantInnen machen viele Demos (zum Beispiel am 20. April, um Naziaufmärsche zu verhindern), sind in Bündnissen aktiv und können dem Nazi-Terror auf der Straße effektiv etwas entgegensetzen.

Was in Berlin geschieht

Der nächste Teil diese Berichtes ist einem Artikel entommen, der sich diesem Thema widmet. Er entstammt der Zeitung "Herzschläge - gegen die Kriminalisierung von AntifaschtInnen" (Nr. 2, Februar 1994):

Die türkischen und kurdischen AntifaschistInnen Abidin, Mehmet, Erkan, Bahrettin und Fatma sind immer noch in Haft. Sie werden immer noch des gemeinschaftlichen Mordes (bzw. Beihilfe dazu) an dem Neofaschisten G. Kaindl sowie des Mordversuchs und der Körperverletzung beschuldigt. Ohne daß sie, bzw. ihre Anwälte bislang Einsicht in die Ermittlungsakten bekommen haben; somit haben sie auch keine Möglichkeit, zu den konkreten Vorwürfen Stellung zu nehmen.

Die Verhaftungen sollen auf den Aussagen des angeblich an der Tat beteiligten 17jährigen Erkan beruhen. Nach mindestens fünf Beschuldigten wird noch gefahndet.

Zur Vorgeschichte

Am 4. April 1992 fand in einem Neuköllner Restaurant ein Treffen von Neofaschisten statt. Es kam zu einer Auseinandersetzung mit bislang unbekannen Leuten. Dabei wurde der Nazi-Funktionär G. Kaindl ("Deutsche Liga") durch Messerstiche getötet, der ebenfalls anwesende Rechtsextremist Thorsten Thale (Funktionär des "Hoffmann v. Fallersleben Bildungswerkes") wurde verletzt. Dabei war u.a. auch der ehemalige "Republikaner" und jetzige Anwalt der rechten Szene, Carsten Pagel.

Schon kurz nach diesem Vorfall stand für die Polizei fest, daß die vermeintlich Beteiligten türkischer Nationalität sein müßten. Und das, obwohl sie gleichzeitig betonten, daß die "Täter maskiert" gewesen wären. Der Staatsschutz richtete eine 20-köpfige Sonderkommission ein.

In den darauffolgenden Wochen wurden über zehn Wohnungen durchsucht, einzelne Personen zu Verhören vorgeladen. Die Ermittlungen richteten sich fast ausschließlich gegen türkische und kurdische Frauen und Männer. Schon damals tat sich der Staatschutz damit hervor, bei Verhören ImmigrantInnen massiv mit Hilfe ihrer (aufenthaltsrechtlich) nicht sicheren Situation unter Druck zu setzen. (...)

Erwiesenermaßen spielten die Berliner Staatsschutzbehörden den Neonazis der "Deutschen Liga" von Anfang an ihre auf rassistischen Ermittlungsmethoden beruhenden "Informationen" zu. Schon im Oktober 1992 wußte die Parteizeitung der "Deutschen Liga" zu vermelden, daß "sämtliche acht Täter ermittelt" seien und alle Beteiligten der türkischen Gruppe "Antifasist Gençlik" zugeord-

Was ist der 129 a)?

Auszüge aus dem Paragraphen:

(1) Wer eine Vereinigung gründet, deren Zwecke oder deren Tätigkeiten darauf gerichtet sind,
1. Mord, Totschlag oder Völkermord
2. Die Zerstörung wichtiger Arbeitmittel oder Brandstiftung oder Herbeiführen einer Spreng stoffexplosion usw. zu begehen, oder wer sich in einer solchen Vereinigung als Mitglied beteiligt, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft

(2) Wer eine solche Vereinigung unterstützt oder für sie wirbt, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft

net würden. Darüberhinaus schreiben sie, ihnen seien die "Namen und Anschriften" bekannt und beenden den Artikel mit der Drohung "Wir kriegen Euch alle!"

Die "Deutsche Liga" ist in die Aktivitäten der sog. "Anti-Antifa" verwickelt, die inzwischen schon Terrorlisten mit Adressen von Andersdenkenden veröffentlichen kann, in denen unverholen zu "Aktionen" gegen diese Menschen aufgerufen wird.

Es drängt sich die Frage auf, inwieweit Teile des Berliner Staatschutzes ein Interesse an der Unterstützung dieser "Anti-Antifa"-Aktivitäten haben. Trotz seinen Ermittlungsmethoden gelang es dem Staatschutz nicht, ernstzunehmende Ermittlungssergebnisse vorzulegen. Haftbefehle wurden von der Staatsanwaltschaft gar nicht erst beantragt, wegen nicht ausreichender Indizien. Dies änderte sich offensichtlich erst durch die unter dubiosen Umständen zustandegekommenen Aussagen von Erkan.

Daß du dich wehren mußt, wenn du nicht untergehen willst, das wirst du doch einsehen.

Unsere türkischen & kurdischen Freunde, unsere kurdische Freundin sind im Knast. Ihnen wird vorgeworfen, sie hätten einen Faschisten getötet. Wir wissen nur, sie haben sich gegen die Kälte & gegen die gewehrt, die ihnen das Recht absprechen wollen, in diesem Land zu leben.

Wir brauchen Geld für ihre Unterstützung.

Spendet an: R. Stüker; Stichwort: "Antifa"
KtoNr: 240 297 679; Sparkasse Berlin; BLZ: 100 500 00

Infos: FreundInnen und UnterstützerInnen,
c/o Kreuzbüro, Großbeerenstr. 89, 10963 Berlin

Vorverurteilung durch Medien und Polizei

Sehr voreilig titelte der "Tagesspiegel" am 20. November 1993: "Mord an Rechtsextremist aufgeklärt" und schrieb von einer "aus Polizeikreisen stammenden Information", die Verhafteten seien "Angehörige einer antifaschistischen, türkischen Gruppe".

Seit längerem wird von Polizei und Medien immer wieder die Jugendinitiative "Antifasist Gençlik" im Zusammenhang mit Gewalttätigkeiten genannt. Aus dem türkisch/kurdischen antifaschistischen Spektrum wird jetzt eine mordende Gruppe konstruiert. Es soll einen politischen Prozeß geben, der die sich wehrenden antifaschistischen ImmigrantInnen kriminalisieren und abschrecken soll.

Soweit zur Situation der Kriminalisierung der Gençlik Antifa. Repression gegen AntifaschistInnen gibt es natürlich nicht nur in den Großstädten, sondern auch bei uns. Deshalb abschließend noch etwas zur aktuellen Situation in Reutlingen.

Am 14. 3. 92 war in Passau eine Großveranstaltung der faschistischen DVU. Wie viele andere mobilisierten auch wir dorthin, um dies Veranstaltung zu verhindern.

Nachdem dann die Demo und die Aktionen vorbei waren, befanden wir uns auf dem Heimweg zu unserem Bus. Dabei wurde einer von uns von den Bullen rausgezogen und eine Woche in Untersuchungshaft gesteckt. Der Vorwurf war, daß er ein Faschoauto beschädigt haben soll. Nach der Verhandlung wurde er dann auch mit Hilfe der unmöglichsten Behauptungen zu 5500 DM Geldstrafe verknackt. Das Geld haben wir mittlererweile fast abbezahlt und völlig sinnlos dem Staat in seinen Rachen geworfen.

Am 29.3.92 wurden in Reutlingen zwei Leute festgenommen, weil sie angeblich Parolen gesprüht haben sollen. Auf der Wache wurden der Frau auf üble Art und Weise Aussagen abgepreßt (z.B. mit dem alten Trick, daß der andere schon ausgesagt habe...). Am 19.10.94. war der Prozeß gegen die beiden, wo ihnen sämtliche Sprühungen in Reutlingen angehängt werden sollten. Übrig blieben dann einige wenige Sprühungen, die ihnen sogenannte Sachverständige nachweisen zu können glauben. Die Rechtsanwälte der beiden haben Berufung eingelegt, der Prozeß wird also weitergehen.

Durch diese Vorgehensweise will die Justiz uns dazu bringen, Geld ranzuschaffen, das wir sinnlos dem Staat in den Rachen werfen sollen und nicht für politische Arbeit verwenden können. Falls die beiden verurteilt werden sollten, kommen Kosten von ungefähr 15.000 DM auf uns zu.

Referat der Autonomen Antifa Reutlingen für die antifaschistischen Veranstaltungen im Haus der Jugend am 21.3.94

tanz nr. 5, april/mai 1994

Antirassistisches Telefon:

Hier gibts die **TANZ**:

- Die Gruppe, TÜ
- Epple-Haus, TÜ
- Haus- und Infocafé, TÜ, Schellingstr. 6
- Blauer Salon, TÜ
- Zelle, RT
- Café Nepomuk, RT

Die nächste Ausgabe erscheint Anfang Juni

Infocafé-Fete

am 9.4.1994, ab 20 Uhr

Sind die Ostereier ausgeblasen?
Dann kommt zum am 30.4.94 um
24 Uhr auf den Holzmarkt!

Epplehaus Tübingen:
Antifa-Frühstück, jeden zweiten Sonntag im Monat

Zelle Reutlingen:
jeden Sonntag, 20.30 Uhr: Film
jeden Donnerstag, 20 Uhr: Tanz
sonntags ist jede zweite Woche Antifacafé

Achtet auf die aktuellen Programme!